

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 6 65 848 pbbn d

Inhalt

Renate Schmidt MdB zum bayerischen Umgang mit AIDS: Der Obrigkeitsstaat läßt grüßen.

Seite 1

Wolfgang Roth MdB zum IWF-Gipfel in Washington: Stoltenberg in der Defensive.

Seite 3

Horst Niggemeier MdB zum Kohle-Problem: Bonn muß endlich handeln!

Seite 4

Dietmar Zierer MdL zur Lage der Maxhütte: Die Berufsbildungszentren müssen erhalten bleiben.

Seite 6

42. Jahrgang / 184

28. September 1987

Der Obrigkeitsstaat läßt grüßen

Bei AIDS stellt sich Bayern gegen den „Rest“ der Bundesrepublik

Von Renate Schmidt MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Mitglied der Enquete-Kommission AIDS des Deutschen Bundestages

Einen neuen Vorstoß zur Ausdehnung seiner obrigkeitsstaatlichen Zwangsmaßnahmen gegen HIV-Infizierte startete das Bundesland Bayern am vergangenen Freitag im Bundesrat. Mit der Einbringung eines Paketes von drei Gesetzesinitiativen und zwei Entschließungsanträgen wird beabsichtigt, das Gauweltersche Horrorkonzept gegen die weitere Ausbreitung der Immunschwächekrankheit AIDS auf die Bundesrepublik auszudehnen.

Noch bleibt Bundesgesundheitsministerin Süßmuth standhaft und so kann sie in dieser Frage auch der Unterstützung der Opposition sicher sein. Auch wenn die SPD die laufenden Aufklärungskampagnen für nicht ausreichend hält - in die richtige Richtung gehen sie allemal, hierin waren sich die Vertreter aller Bundesländer (mit Ausnahme Bayerns) einig.

Der Gesundheitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Hermann Heinemann, brachte dies auf den passenden Nenner: „AIDS läßt sich nicht auf dem Verordnungswege abschaffen.“ Im Gegenteil: Die bayerischen Maßnahmen führen zu einem Vertrauensverlust und erzeugen bei der sogenannten allgemeinen Bevölkerung einen falschen Eindruck von Sicherheit. Damit tragen die Maßnahmen der bayerischen Staatsregierung objektiv zu einer verstärkten Ausbreitung der Krankheit bei. Auf dem Werkstattgespräch zum Thema AIDS am 22. September im Foyer des Parteivorstandes der SPD wurde die Situation in Bayern plastisch von den dort anwesenden Vertretern der AIDS-Hilfe beschrieben: Seit dem Inkrafttreten der administrativen Maßnahmen in Bayern ist ein sprunghafter Rückgang der persönlichen Beratungen zu verzeichnen, demgegenüber stiegen die Telefonberatungen deutlich an. Die Angst geht um bei Erkrankten und Infizierten in Bayern, die Angst vor Stigmatisierung und Ausgrenzung, die Angst vor Arbeitsplatzverlust und dem Verlust sozialer Kontakte.

Die Gedankengänge und Lösungsvorschläge aus Bayern haben zweifelsohne eine lange (ungute) Vergangenheit: Der Obrigkeitsstaat läßt grüßen. Ob Gauweller oder Lang, die Denkstrukturen sind die gleichen und führen auf dem direkten Weg zum totalen AIDS-Staat,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausesallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos für Lesende
mit Umwelt für Rückläßigen
Recycling-Papier



zur totalen Überwachung auch der Intimsphäre eines jeden Bürgers/einer jeden Bürgerin. Bis zur Einführung des AIDS-Sternes und der Errichtung eines niederbayerischen AIDS-Ghettos ist der Schritt nicht mehr weit.

Wer die Debatte im Bundesrat verfolgt hat, konnte auch Zweifel an der Identität des bayerischen Vertreters bekommen: Die Ausführungen von Bayerns Innenminister Lang waren in ganzen Passagen wortwörtlich identisch mit einem Namensbeitrag von Herrn Gauweiler in einer konservativen globalen Bonner Tageszeitung vom 4. September diesen Jahres.

Die vorgetragenen verbalen Attacken auf Bundesgesundheitsministerin Süsmuth sind ein weiteres Beispiel für die unüberbrückbaren Differenzen der beiden „Schwester“-Parteien, womit die Fraktionsgemeinschaft weiterhin begründet werden kann, ist nicht mehr ersichtlich.

Noch (?) steht Bayern mit seinen Zwangsmaßnahmen im wesentlichen allein - aber Aufweichenden sind allenthalben zu erkennen und dies leider nicht nur in unionsregierten, sondern auch in sozialdemokratisch regierten Ländern. Zwangstests und Isolation (auch in Haftanstalten) sind der falsche Weg. Dagegen muß auf ein Aufklärungskonzept ohne falsche Tabus verbunden mit Hilfen für Erkrankte und Infizierte gesetzt werden.

Und genau an dieser Stelle ist das Konzept von Bundesministerin Süsmuth nicht ausreichend. Durch falsche Rücksichtnahmen auf antiquierte Moral- und Sexualvorstellungen steht sich Frau Süsmuth bei ihrer Aufklärungskampagne selbst im Weg. Gerade die konservativen Kräfte in unserer Gesellschaft waren es, die jahrelang in den Schulen eine Sexualerziehung verhindert haben. Es ist kein Zufall, da diejenigen, die eine vernünftige Sexualerziehung verhindert haben eben jene sind, die heute Zwangsmaßnahmen befürworten und die eheliche Treue zum einzigen Präventionsmittel erklären. Was soll ein junger Mensch (circa 90 Prozent der bis 20jährigen haben mehrere sexuelle Erfahrungen) mit dem Tenor der Süsmuthschen Aufklärungspots „Treue, lassen Sie sich testen, rufen Sie das Bundesgesundheitsamt an“ anfangen? Diese „Aufklärung“ (wohl unter dem Druck der katholischen Kirche zustande gekommen) kann solange nicht ausreichend greifen, wie durch Prüderie gefährliche Sexualpraktiken nicht beim Wort genannt werden und das wirksamste Verhütungsmittel „Kondom“ zum Umwort erklärt wird.

Die konservative katholische Kirche begreift AIDS als Mittel zur sexuellen Restauration, Herr Gauweiler und seine CSU-Kollegen dagegen eher als Mittel zur politischen und gesellschaftlichen Restauration. Nach dem gesellschaftlichen Verständnis dieser Herren kann dies nur per Gesetz geschehen.

Die Resultate sind bekannt: Die bayerische Law-and-order-Politik soll auch auf den Rest der Bundesrepublik ausgedehnt werden - entgegen der Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Experten, daß Meldepflicht und Zwangstestung ebenso kontraproduktiv sind wie Ausgrenzung und Stigmatisierung Erkrankter und Infizierter.

Die SPD wird die Bundesgesundheitsministerin auch weiterhin unterstützen, wenn es darum geht, die gefährlichen bayerischen Maßnahmen zurückzuweisen. Wir machen aber gleichzeitig deutlich, daß wir die Aufklärungskampagne des Ministeriums aus den oben angegebenen Gründen für unzureichend halten. Wenn nach Umfragen immer noch 35 Prozent der Bevölkerung der Auffassung ist, AIDS könne beim Küssen übertragen werden, so zeigt dies die Grenzen einer Kampagne, die sich selbst Tabus auferlegt. Aufklärungserfolge können nur erzielt werden, wenn auch Klartext geredet wird - Frau Süsmuth sollte sich hier ein Beispiel an den laufenden Kampagnen zum Beispiel in der Schweiz, in Schweden oder auch Großbritannien nehmen.

(-/28.9.1987/vo-ha/rs)

* * *



Stoltenberg nicht nur in Schleswig-Holstein in Defensive

Zur Position des Bundesfinanzministers bei der IWF-Konferenz

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bevor Bundesfinanzminister Stoltenberg in Washington das Flugzeug in die schleswig-holsteinische Heimat bestieg, um sich in Kiel als Krisenmanager zu betätigen, verbreitete er erneut eine optimistische Einschätzung über die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung. Die Amerikaner seien auf dem besten Weg, ihr Doppeldefizit im Haushalt und in der Leistungsbilanz abzubauen, der Louvre-Akord bewähre sich, die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik finde internationale Anerkennung. Mit dieser Einschätzung steht Gerhard Stoltenberg allerdings allein.

In einer vertraulichen Studie sagt der IWF genau das Gegenteil:

- Bei Fortsetzung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und bei den gegenwärtigen Wechselkursen werden sich die gigantischen Handelsungleichgewichte zwischen USA einerseits und Japan und der Bundesrepublik andererseits bis in die neunziger Jahre fortsetzen.
- Ein nachhaltiger Abbau der Etatdefizite in den USA sei nicht in Sicht.
- Die Auslandsverschuldung der USA wird in den nächsten Jahren weiter dramatisch auf 1.600 Milliarden Dollar in 1995 ansteigen.

Der Internationale Währungsfonds geht davon aus, daß ein so starker Anstieg der Auslandsschulden der USA auf den internationalen Finanzmärkten zu einem weiteren Verfall des Dollarkurses um 15 bis 20 Prozent führen wird. Die Bekräftigung des Louvre-Abkommens durch die Finanzminister der sieben wichtigsten Industriestaaten ist deshalb nicht mehr als ein frommer Wunsch. Der IWF betont, daß - solange die Wirtschaftspolitik in den großen Industriestaaten nicht geändert wird - die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und damit auch die Labilität auf den Devisenmärkten erhalten bleiben.

Nach wie vor gilt: Die USA müssen ihre Etatdefizite schrittweise und nachhaltig abbauen, gleichzeitig müssen Japan, die Bundesrepublik und Europa ein stärkeres binnenwirtschaftliches Wachstum erreichen. Mit 1,5 Prozent Wachstum - wie der IWF es für dieses Jahr in der Bundesrepublik voraussagt - und vielleicht knapp zwei Prozent im nächsten Jahr wird die Bundesrepublik ihrer weltwirtschaftlichen Rolle als führende Wirtschaftsmacht in Europa nicht gerecht. Angesichts der erneut anstehenden Massenarbeitslosigkeit, angesichts von über 19,5 Millionen Arbeitslosen in Europa muß die Bundesregierung die Weichen für eine stärkere wirtschaftliche Expansion und für mehr Beschäftigung stellen. Völlig zu recht fordern deshalb die Amerikaner von der deutschen Bundesregierung eine konjunktur- und beschäftigungsfördernde Finanzpolitik, völlig zu recht fordern sie von der Deutschen Bundesbank eine Senkung - anstatt einer Anhebung - der historisch hohen Realzinsen.

(-/28.9.1987/rs/fr)

* * *



Die Kohle-Probleme endlich lösen

Findige Worthülsen können nicht über die Notwendigkeit
konkreten Handelns hinwegtäuschen

Von Horst Niggemeier MdB

Der „Welt am Sonntag“ war die von Bundeskanzler Kohl an die am Wochenende im Kanzleramt versammelte CDU-Delegation ausgegebene Eingangsformel für die Gespräche mit der CSU so wichtig, daß sie schlagzettelte „Regierungschef besteht auf Einhaltung des Koalitionsvertrages“. Und die Zeitung für den Sonntagsleser fügte in Ihrem Bericht über den „Krisen-Gipfel“ von CDU und CSU noch den Kanzler-Kurs in wörtlicher Rede hinzu: „Was im Koalitionsvertrag festgeschrieben steht, muß jetzt umgesetzt werden.“

Das hört sich zwar entschlossen zielstrebig an, aber die Frage drängt sich auf, welche Ziele mit diesem Koalitionsvertrag unter anderem erreicht werden sollen. Bei dem am Krisen-Gipfel-Tisch mitäützenden stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden, CDU-Landesvorsitzenden NRW und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm müßten jedenfalls die Alarmglocken ganz schrill getönt haben. Warum? Weil genau in diesem Koalitionsvertrag mit Blickrichtung auf die deutsche Kohle politische Handlungsanweisungen festgeschrieben wurden, die in die von der IG Bergbau und Energie (IGBE) als Katastrophe bezeichnete Entwicklung führen wird.

Zwei Original-Zitate aus dem zwischen CDU/CSU und FDP im Februar/März vereinbarten Koalitionsvertrag mögen als Beleg für diese düstere Kohle-Perspektive dienen. So heißt es unter anderem:

„Es besteht Einvernehmen, daß die Strukturelemente des Kohlepfennigs einschließlich seiner Berechnungsmethode neu entschieden werden müssen. Die Anpassung der Kapazitäten im Kohlebergbau muß sozial flankiert werden.“

„Zum Thema Kokskohlenbeihilfe (auf Exporte) wird folgender Vorschlag akzeptiert: Vollständiger Abbau der Exportsubvention, beginnend 1988.“

Schon bei den Koalitionsverhandlungen verbreitete sich unter einer Reihe von Unions-Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen das ungute Gefühl, daß FDP-Chef Bangemann und seine Liberalisten aus dem Bundeswirtschaftsministerium seine christdemokratischen Verhandlungspartner in der Kohle-Frage mit diesen Formel geleimt und über den Tisch gezogen hatten. Immerhin wußte auch Bangemann, daß der Bundeskanzler gegenüber den Bergleuten im Wort stand (und noch steht) und er mit seinen Kohle-Passagen im Koalitionsvertrag den Bundeskanzler in den politischen Wortbruch treiben würde.

Aber auch Norbert Blüm und die 58 nordrhein-westfälischen CDU-Bundestagsabgeordneten müssen sich in die Ecke der politischen Handlungsunfähigkeit gedrängt sehen, wenn das im Koalitionsvertrag Festgeschriebene „jetzt umgesetzt werden muß“ (Kanzler Kohl),



Die Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte mit ihrer „Erklärung für Kohlepolitik“ vom 10. September spektakuläre Schlagzeilen gemacht, denn sie forderte unter anderem, daß

„die Verstromung von Steinkohle nach dem Dritten Verstromungsgesetz in der Menge unangetastet bleibt“,

und

„die Exportlieferungen in dem Bereich der Europäischen Gemeinschaft entsprechend den Verabredungen aus der Kohlerunde 1983 behandelt werden; die Rücknahme dieser Exporte erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten einer beherrschbaren Anpassung“.

Weder in der Verstromung noch bei den Koks Kohleexporten läßt der Wortlaut des Koalitionsvertrages den NRW-Abgeordneten der Union eine Chance, ihre in die richtige Richtung weisenden Forderungen ohne neue Koalitionskonflikte mit FDP-Chef Bangemann wirkungsvoll durchzusetzen.

Wenn man dazu noch in der den Christdemokraten nicht sehr fern stehenden „Rheinischen Post“ (18. September 1987) nachlesen kann, daß Bangemann mit rigorosen Absichten an den Modalitäten bei der Berechnung des „Kohlepfennigs“ herumfummelt, wird das Schreckensszenario für die Kohle noch grausiger. Die „Rheinische Post“ faßt das so zusammen:

„Angeblich sollen die Zuschüsse aus dem Topf des Kohlepfennigs um 40 Prozent reduziert werden. Dies wäre praktisch das Ende des Jahrhundertvertrages.“

Dem wäre hinzuzufügen, daß eine solche Entwicklung auch das Ende des deutschen Steinkohlenbergbaus mit all seinen dramatischen Konsequenzen für die Reviere und ihre Menschen bedeuten würde.

Es kann sicher nicht als parteipolitische Polemik abgetan werden, wenn die Beobachter der kohlepolitischen Szene in der Bundesrepublik angesichts des derzeitigen Diskussionstandes in den Koalitionsfraktionen den Eindruck haben, daß der erste Schritt zur Lösung der Kohleprobleme die Herstellung des kohlepolitischen Konsens in der Bundesregierung selbst ist. Diese unverzichtbare Voraussetzung fehlt bis zur Stunde. Über diesen Eindruck können weder windige Formelkompromisse noch findige Worthülsen hinwegtäuschen.

(-/28.9.1987/vo-he/rs)

* * *



Berufsbildungszentren der Maxhütte müssen erhalten bleiben

Sozialminister Hillermeier muß intervenieren

Von Dietmar Zierer MdL

Die Angst und Unsicherheit im oberpfälzer Stahlrevier wachsen. Seit Monaten warten die Arbeitnehmer der im Konkurs befindlichen Maxhütte auf ein Signal der Hoffnung von der bayerischen Staatsregierung. Das Drama Maxhütte bestätigt, daß die CSU-Staatsregierung notwendige Strukturprogramme nicht rechtzeitig eingeleitet hat. Die SPD-Landtagsfraktion hat mehrere Dringlichkeitsanträge zur Rettung des Stahlstandortes mittlere Oberpfalz eingebracht. Leider konnte sich die CSU-Mehrheitsfraktion nicht dazu durchringen, diesen Anträgen zuzustimmen. Mit der ratenweisen Schließung der Maxhütte wird sich die SPD-Fraktion nicht abfinden. Auch wird sie sich weiter dafür einsetzen, die vorhandenen Berufsbildungszentren der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg und Haldhof aus regionalpolitischen Gründen in vollem Umfang zu erhalten.

In einem Brief habe ich Sozialminister Hillermeier aufgefordert, sicherzustellen und hilfreich einzugreifen, daß die Lehrlinge der Maxhütte ihre Ausbildung beenden können. Gerade die mittlere Oberpfalz mit einem hohen Anteil von Jugendarbeitslosigkeit braucht weiter im vollen Umfang die qualifizierten Ausbildungsstätten der vorhandenen Berufsbildungszentren der Maxhütte. Die CSU-Staatsregierung muß ihre politische Aufgabe für die Zukunftschancen der jungen Generation hinsichtlich qualifizierter Ausbildung einlösen.

Da die privaten Pleitegeier bereits über der Maxhütte schweben, muß auf jeden Fall verhindert werden, daß Teile der Maxhütte-Ausbildungsstätte an private Geschäftemacher verschachert werden. Es muß sichergestellt werden, daß das Berufsausbildungszentrum der Maxhütte, falls es in Zukunft von dem Stahlwerk abgetrennt werden sollte, ausschließlich unter öffentlich-rechtlicher Leitung weitergeführt wird.

Die Berufsbildungszentren der Maxhütte bedeuten eine schwere Belastung für das oberpfälzer Stahlwerk. Das Defizit dieser Bildungseinrichtungen soll nicht weniger als 350.000 Mark im Monat betragen. Die Industrie- und Handelskammer Regensburg hat schon öffentlich erklärt, sie sei nicht in der Lage, sich hier zu engagieren, „zumal von der Staatskasse nichts zu erwarten ist“.

Derzeit sind etwa 180 Auszubildende in den beiden Berufsbildungszentren beschäftigt. Für den 1. September dieses Jahres, dem Beginn des neuen Ausbildungsjahres, hatten ursprünglich 62 Auszubildende einen neuen Vertrag erhalten. Davon sind etwa die Hälfte wieder abgesprungen. Klar ist, daß neue Mitarbeiter, auch wenn sie Auszubildende sind, eine weitere kostenmäßige Belastung für die Maxhütte bedeuten. Ich meine aber, daß sich gerade das bayerische Sozialministerium mit dieser Situation besonders befassen und hier hilfreich eingreifen sollte.

(-/28.9.1987/vo-he/rs)

* * *

